



K&S

FLORIAN HORCICKA

DAS SCHMUTZIGE GELD DER DIKTATOREN



Florian Horcicka

Das schmutzige Geld der Diktatoren



www.kremayr-scheriau.at

ISBN 978-3-218-00966-9

Copyright © 2015 by Verlag Kremayr & Scheriau GmbH & Co. KG, Wien
Alle Rechte vorbehalten

Schutzumschlaggestaltung: Sophie Gudenus, Wien

Fotos auf dem Schutzumschlag: links v. o. n. u. Sabri Elmhedwi/EPA/
picturedesk.com, Sergey Dolzhenko/EPA/picturedesk.com,
Yeko Photo Studio/fotolia.com, STR/EPA/picturedesk.com, rechts:
Lizard/fotolia.com

Typografische Gestaltung und Satz: Michael Karner, Gloggnitz

Druck und Bindung: Druckerei Theiss GmbH, St. Stefan i. Lavanttal

Inhalt

Geheime Geschäfte im Zentrum Europas	7
Am Schauplatz einer diskreten Parallelgesellschaft	19
Die weite Welt der dunklen Gelder	28
Die Gaddafi-Connection	35
Blutgeld in Wien	46
Arafat und das Geld	57
Die Syrer und Tunesier	61
Die Gelder des Suharto-Clans	69
Sicherer Hafen Österreich	72
Die Nordkorea-Geldpipeline nach Wien	86
Geld-Grüße aus Moskau	92
Der Oligarch im Gefängnis	114
Big Business mit dem Osten	123
Kaukasische Kreise	131
Die Ukraine und Österreich	144
Die Millionen aus der Steppe	162
Weißes Geld für Weißrussland	176
Fazit	183

Geheime Geschäfte im Zentrum Europas

Diktatoren geld in der Europäischen Union, der Schweiz, in Liechtenstein und vor allem in Österreich? Millionenkonten von Despoten in Wien, Vaduz, Zürich? Dubiose Immobilienfinanzierungen mit kaukasischem Schurkengeld in Deutschland? Nicht erst seit den stetig verschärften Sanktionen der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten gegen Russland und die Ukraine im Jahresverlauf 2014 richtet sich der Fokus der breiten Öffentlichkeit auf geheime Vermögen von Oligarchen, autoritären Machthabern und deren Gefolge im demokratischen Westeuropa. Seit Jahren tauchen regelmäßig schwere Vorwürfe auf, wonach Österreich, die Schweiz oder Liechtenstein durch ihre Art des Umgangs mit Millionen unbestimmter Herkunft die Finanzierung illegaler Aktivitäten begünstigen sollen. Ging es in den 1970er und 1980er Jahren noch um die mögliche Beihilfe zu blutigen terroristischen Aktivitäten (einige nahöstliche Top-Terroristen wie Abu Nidal oder der syrische Waffenschieber Monzer Al Kassar verfügten über Konten in Wien), so stand in 1990er Jahren die Begünstigung des Transfers von Milliarden aus dem vom Jelzin-Clan und seinen Freunden ausgeplünderten Russland im Zentrum der Vorwürfe. Kaukasische Mafia-Paten nützten Österreichs bisweilen grobmaschigen Umgang mit Geldwäsche-Bestimmungen damals ebenso und tun es in Teilbereichen bis heute. Ihre Werte

schleusen sie durch das Land Richtung Spanien und Frankreich, wo sie in Luxusvillen residieren. Im 21. Jahrhundert wurden zwar Gesetze und Kontrollen verschärft – die richtig großen Fische schlüpfen aber weiter durch das Netz der Behörden. Der libysche Ex-Diktator Gaddafi soll zuerst in der Schweiz und dann in Österreich Milliarden versteckt haben, ebenso der nordkoreanische Tyrann Kim Jong-il. Reiche Geschäftsleute aus dem Osten besitzen direkt oder über verdeckt agierende Mittelsmänner Hunderte, wenn nicht Tausende wertvolle Immobilien und sind an Firmenkonstruktionen beteiligt, deren Erträge wiederum in die undemokratischen Machtstrukturen ihrer Herkunftsländer fließen. Dort geht die Unterdrückung breiter Bevölkerungsteile dadurch weiter. Strohmänner und diskrete Investitionsvehikel von Herrschern aus dem Kaukasus und den zentralasiatischen Ex-Sowjetrepubliken, wie etwa Kasachstan, runden dieses hässliche Konglomerat ab.

Diktaturen wirken aus dem Blickwinkel eines an Demokratie und Menschenrechte gewöhnten Mitteleuropäers wie Relikte einer grausamen Vergangenheit. Der Kolonialismus ist überwunden und es scheint unvorstellbar, dass demokratische Grundprinzipien an Stellenwert verlieren. Dabei sind autokratische und faschistische Herrschaftssysteme auch in Europa noch nicht allzu lange abgeschafft. Das faschistische Franco-Regime in Spanien, die Militärdiktaturen in Portugal und Griechenland, wirkten auch nach ihrer Überwindung Ende der Siebziger- und zu Beginn der Achtzigerjahre lange nach. Auch dort ging es vorrangig um zwei Dinge: um Macht und vor allem Geld. Und in Österreich und Deutschland wird auch sieben Jahrzehnte nach dem Ende der nationalsozialisti-

schen Schreckensherrschaft noch immer über die Restitution geraubten jüdischen Vermögens gestritten. Zu Recht. Denn eines muss klar sein. Auch den Nazis ging es bei ihrer blutigen Auslöschung von Millionen Juden neben einer verbrecherischen Rassenideologie um die Aneignung von Vermögenswerten. Raubgold, gestohlene Kunstwerke und die Arisierung von Immobilienbesitz verfolgten das Ziel einer großangelegten Vermögensverschiebung. Diese Werte wurden teilweise ins Ausland geschafft: Die Schweiz, aber auch Südamerika waren die Zielländer dieser Verschleierungshandlungen. Die unrühmliche Rolle der Eidgenossenschaft bei diesem Raubzug wurde vor allem in den Neunzigerjahren und zu Beginn des neuen Jahrtausends ausführlich dokumentiert. Die Nazis vertrauten ebenso auf das Schweizer Bankgeheimnis wie es heutige Diktatoren tun. Kein Grund also, die schmutzigen und blutigen Diktatorengelder als ein Phänomen zu betrachten, das mit Europa nichts zu tun hat. Im Gegenteil. Es sind gerade Österreich, Deutschland, die Schweiz und Liechtenstein, die aus einer unseligen Tradition heraus der Hauptanziehungspunkt für Geldwäsche und die begleitenden Tatbestände sind.

Ein Funken Hoffnung bleibt. Der »Diktatorenjäger« Reed Brody von der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch erklärte der Schweizer Zeitung »Blick« im Oktober 2011 dazu: »Die Schweiz hat sich in den letzten Jahren vom sichersten Versteck zum riskantesten Ort für Diktatorengelder gewandelt.« Das liegt laut dieser Expertenmeinung daran, dass die Schweiz sofort Kontakte zu den Nachfolgeregierungen knüpfte, während andere Länder zuwarteten: »Kaum war der tunesische Präsident Zine el-Abidine Ben Ali ins Exil geflohen, entsandte

die Schweiz einen Finanzspezialisten nach Tunis. Seither hilft er dort beim Aufbau rechtlicher Strukturen. In Bern liegt bereits ein offizielles Rechtshilfegesuch für die Rückführung der 60 Millionen Franken vor, die auf Schweizer Konten eingefroren sind. Kein anderes Land hat in Tunesien so viel erreicht.« Wie sich zeigt, ist die Rückführung allerdings nicht so einfach. Die NZZ berichtete Ende Dezember 2014: »Die Schweiz kann nicht wie geplant vorzeitig rund 40 Mio. USD an Tunesien zurückerstatten. Das Bundesstrafgericht hat die Beschwerde des Schwagers des gestürzten Präsidenten Zine al-Abidine Ben Ali gegen eine entsprechende Verfügung der Bundesanwaltschaft gutgeheißen.« Schweizer Banken sperrten zudem 45 Millionen Franken aus Syrien. Auch in Ägypten klären Schweizer Rechts- und Finanzexperten die Situation. Noch sind 410 Millionen Franken eingefroren, die der Familie von Ex-Präsident Hosni Mubarak gehörten. Ein von einem ägyptischen Gericht gefällter Freispruch für Mubarak im Zusammenhang mit der blutigen Niederschlagung der Proteste gegen sein Regime hat die Schweiz aber nun in eine schwierige Lage gebracht. Ohne rechtsgültiges Urteil gegen Mubarak wird es schwierig, die angeblich illegal erworbenen Gelder einzubehalten.

Im Kleinen gibt es noch einen Beweis, dass Sanktionen und die strenge Finanzkontrolle von Diktatoren durchaus Wirkung zeigen. So hat Deutschland die Auszahlung von Siegprämien an das Rennpferd des tschetschenischen Machthabers Ramsan Kadyrow verweigert. Immerhin gewann »Zazou« 2014 stattliche Preisgelder im Großen Preis von Düsseldorf und Baden-Baden. Kadyrow gehören rund 100 Pferde in ganz Europa – solche Maßnahmen wie in Deutschland verleiden aber das teure Hobby. Das sich Kadyrow solche Extravaganzen

überhaupt leisten kann, grenzt an ein Wunder. Offiziell verdient er nämlich nur 86.000 Euro jährlich – allein der Unterhalt eines Prestige-Gauls kostet aber bis zu 100.000 Euro pro Jahr. Transparency International kritisierte den Tschetschenen-Führer dafür wiederholt. Der hat aber eine simple Erklärung dafür: »Allah gibt!«, ließ er lapidar ausrichten.

Selbstverständlich kann und soll nicht jede Investition von Menschen aus diktatorisch regierten Ländern unter den Generalverdacht der Geldwäsche gestellt werden. Viele dieser meist bitterarmen Menschen, die den Großteil der dort lebenden Bevölkerung ausmachen, sind auf die Geldüberweisungen ihrer geflüchteten oder emigrierten Landsleute angewiesen. Daher gilt es klarzustellen: Nicht jeder tüchtige tadschikische Kaufmann, der in Österreich arbeitet und es vielleicht zu Wohlstand bringt, unterstützt mit seinem nach Hause geschickten Geld das dortige Regime. Selbstverständlich können und sollen Russen, Ukrainer oder Araber in Europa Immobilienbesitz erwerben dürfen. Unsere Grundrechte gelten für alle. Und die Neugier und Überwachungssystematik der europäischen Regierungen ist ohnehin schon an einem Punkt angelangt, der die Freiheit des einzelnen Bürgers arg zu beschneiden droht. Dennoch ist es wichtig, die Vermögensflüsse transparenter zu machen. Denn es gibt kein Grundrecht auf Schwarzgeld. Der Vormarsch des sogenannten Islamischen Staates (IS) zeigt deutlich, dass auch terroristische Organisationen mittlerweile nach kaufmännischen Gesichtspunkten handeln. Ihre Währung ist Angst, doch ihr Einfluss speist sich aus dubiosen Konten. Mag die unmittelbare Finanzierung auch mit dem Geld religiöser Fanatiker aus Saudi-Arabien oder durch

den Drogenhandel erfolgen – ohne sichere Gelddepots im Ausland ist kein (Islamischer) Staat zu machen.

Die Osama-Verbindung nach Österreich

Damit ist auch schon der Kernpunkt der Materie erreicht, was am besten mit folgendem Beispiel zu zeigen ist. Denn sogar von Osama bin Laden, dem berühmtesten Drahtzieher der Terroranschläge des 11. September 2001 auf das World Trade Center in New York, soll eine spektakuläre Geldspur nach Österreich führen. Das Wochenmagazin »profil« berichtete wenige Wochen nach der Katastrophe in Manhattan von einem Konto der Erste Bank, dessen Inhaber die in der sudanesischen Hauptstadt Karthum registrierte Privatbank Al Shamal Islamic Bank war. Die damals für Terrorismusbekämpfung zuständige Sondereinheit EDOK ließ das Konto sofort sperren und beschlagnahmte sämtliche auf Mikrofilm gelagerten Datensätze des Kontos. Warum? Die Al Shamal Bank wird laut dem US-Geheimdienst CIA dem Terrorpaten Osama Bin Laden zugerechnet. »profil« schrieb im Oktober 2001: »Die bis heute existente Kontoverbindung legt nahe, dass Bin Ladens Organisation al-Qa'ida doch Gelder nach oder zumindest über Österreich transferiert haben dürfte.« Eine Erste-Sprecherin damals: »Wir können nur bestätigen, dass es eine Geschäftsbeziehung zur Al Shamal Bank gab. Über das Konto wurden Handelsfinanzierungen zwischen Österreich und dem Sudan abgewickelt.« Das Ausmaß und die Natur dieser »Handelsfinanzierungen« wollte in der Erste Bank niemand kennen. Gleichzeitig konnte aber nicht mehr ausgeschlossen werden,

dass darüber hinaus weitere, bis dahin unentdeckte Verbindungen in der Vergangenheit bestanden hatten oder auch zum damaligen Zeitpunkt aufrecht waren. Die Österreichische Nationalbank bildete Ende 2001 mit der EDOK und dem Finanzministerium eine Task Force zur Aufklärung. Herausgekommen ist wenig – vor allem kein Geld. Der Kontostand betrug nämlich bei Entdeckung des Kontos schlichtweg Null. Im Nachhinein wollte die EDOK laut »profil« bereits im Verlauf des Oktobers 2001 zudem keine ausreichenden Verdachtsmomente gefunden haben. So ist es meistens. Wenn die Behörden reagieren, ist das Geld entweder weg oder strahlend weiß gewaschen. Die Terroristen und Kleptokraten verstehen eben, mit Geld umzugehen.

Geldflüsse und ihre schleppende Aufarbeitung

Dieses Buch will versuchen, das System der geheimen Gelddepots zu durchleuchten, und die Mechanismen und Strukturen aufzeigen, warum gerade manche westeuropäische Demokratien für den diskreten Vermögenstransfer umstrittener Machthaber so attraktiv waren und sind. Strenges Bankgeheimnis, Privatstiftungsrecht, diskrete Steuerberater und Rechtsanwälte sowie die bisweilen (un-)heimlich wohlwollende Unterstützung der Politik begünstigen die klandestinen Machenschaften. Geldwäsche, die ermöglichte Verletzung von Menschenrechten in den Herkunftsländern, Steuerhinterziehung in großem Stil und sogar einige Morde sind die tragische Folge.

Auf dem Spiel steht vor allem die Glaubwürdigkeit Österreichs und seiner Nachbarländer in der internationalen Staa-

tengemeinschaft im Hinblick auf Achtung von Humanität, Bekämpfung des Terrorismus und Wahrung der Rechtsstaatlichkeit. Dieses Buch beschäftigt sich vorrangig mit den Geldflüssen und heimlichen Verbindungen in Österreich. Das hängt mit dem geografischen Lebensmittelpunkt des Autors, aber auch mit der Bedeutung Wiens als UNO-Stadt mit seinen vielen internationalen Organisationen zusammen – doch lassen sich die beschriebenen Systeme der Vermögensverschleierung und Geldwäsche auf die Schweiz ebenso umlegen, was mit der Heiligen Kuh der Anonymität von Konten, Bankgeheimnis und sprichwörtlicher Diskretion zu tun hat. Hinzu kommen Verbindungen zu so genannten Anstalten und Stiftungen in Liechtenstein, die bis heute völlig intransparent sind. Die wahren Eigentümer Hunderter solcher Vehikel lassen sich kaum ausforschen. Dass das genau so gewollt ist, steht außer Frage. Wie sonst könnte ein so kleines Land ohne nennenswerte Industrie oder Landwirtschaft so reich sein – außer durch Zehntausende anonyme Briefkastenfirmen und die begleitende Finanz- und Beratungsmaschinerie. Und was Deutschland betrifft, so fallen zahlreiche Immobilien russischer Oligarchen vorrangig in Düsseldorf und Umgebung auf. Ebenso die umfangreichen Aktivitäten des Gazprom-Imperiums, das gezielt die Nähe zur Politik und zum Sport, Stichwort Schalke 04, sucht. Auch arabisches Geld hat sich in Deutschland lange geradezu heimisch gefühlt. Wie in Erfahrung zu bringen ist, haben auch einige alte Stasi-Mitarbeiter hier ihr Know-how versilbert und in anderen Fällen ihre guten Kontakte zu früheren UdSSR-Behörden genutzt.

Die politische Aufarbeitung dieser Vorgänge lässt noch immer stark zu wünschen übrig. Punktuell tauchen in Österreich

zwar einige Vorfälle, etwa rund um den mordverdächtigen (es gilt die Unschuldsvermutung) Ex-Botschafter von Kasachstan, Rakhat Aliyev, bei parlamentarischen Untersuchungsausschüssen oder in Anfragen von Oppositionsparteien, meist den Grünen, auf, doch Konsequenzen sind Mangelware. Darunter fällt auch die umstrittene Vergabe von österreichischen Reisepässen und Staatsbürgerschaften an reiche Geschäftsleute aus dem Osten, deren Identitäten akribisch geheimgehalten werden – Stichwort Amtsgeheimnis. Und noch eines ist wichtig: Für ausländische Einzelpersonen ist es in der Fremde üblicherweise nicht ganz so leicht, ihr Vermögen zu halten. Zu viele Mitwisser wollen ihren Anteil, und die Errichtung geeigneter Strukturen zur Vermögensverwaltung ist teuer und aufwendig. Es gibt zahlreiche Beispiele reicher Geschäftsleute oder windiger Hasardeure, die in Südamerika ihr Glück versuchen wollten und nach wenigen Jahren mit leeren Taschen dastanden. Schweigen kostet eben. Die Gelder aus dem Umfeld von Diktatoren werden allerdings meist von bereits etablierten Strukturen verwaltet – und für eben jene Strukturen und Kader bringt Österreich den Standortvorteil der Neutralität, des Bankgeheimnisses und der politischen Opportunitäts-Mentalität mit sich. Tarnen lässt sich dies wie gesagt mit der Funktion Wiens als Standort zahlreicher Einrichtungen der Vereinten Nationen, als Ausrichtungsort internationaler Konferenzen wie der OSZE, und als Headquarter vieler Unternehmen für den osteuropäischen Raum.

In der Vorbereitung des Buches wurden häufig Bedenken geäußert, dass die Durchleuchtung der Vermögensverschiebungen von Diktatoren, Oligarchen und autokratischen Regimen

mit einem nicht unbeträchtlichen Sicherheitsrisiko verbunden wäre. Schließlich leben auch Dutzende Mittelsmänner, Schattenfinanziers und Strohmänner von diesem einträglischen Business. Und es geht um Geld, das etwa mit Waffenhandel und blutiger Ausbeutung erwirtschaftet wurde. Manche der heute reichen Männer aus diktatorisch geprägten Ländern kamen durch Gewalt, schiere Erpressung und sogar Mord zu ihren Vermögenswerten. Und sie wären bereit, diese notfalls auch mit Gewalt zu verteidigen. Ganz grundlos waren diese Warnungen nicht – von zwei ausführlich beschriebenen Personenkreisen kam tatsächlich zunächst ein finanzielles Angebot, um das Buch nicht erscheinen zu lassen oder zumindest die jeweiligen Rollen nicht oder freundlicher zu beleuchten. Diese Angebote waren naturgemäß von keinem Erfolg gekrönt. In weiterer Folge wurde mittels, freundlich formuliert, eindringlicher Überzeugungsarbeit Druck ausgeübt – ebenfalls ohne Erfolg. Auch rechtliche Schritte wurden angekündigt – allerdings bis zum Erscheinen des Buches nicht umgesetzt. Es wurden sogar Informanten bedroht. Einer der wichtigsten Stichwortgeber aus dem arabischen Raum fürchtete zwischenzeitlich gar um sein Leben und mahnte eindringlich die Zusicherung der Anonymität ein. Dem wird selbstverständlich Folge geleistet. Im Allgemeinen ist es nicht besonders einfach, Zugang zu Details über die wahren Ausmaße von Geschäften im Diktatoren-Umfeld zu erlangen. Auch der Zugang zu Oligarchen ist mühsam und vor allem eine Geduldsfrage. Dennoch ist es dem Autor gelungen, mit einzelnen Vertretern persönlich Kontakt zu haben. Dazu zählen etwa persönliche Interviews mit Dmytro Firtash, Dmitry Mints, Sergej Kluyev, aber auch Telefongespräche mit dem Libyer Mustafa Zarti und einigen an-

deren mehr. Üblicherweise werden diese Herrschaften streng abgeschirmt und fürchten stets um die persönliche Sicherheit. Allerdings haben sie meist enge persönliche Berater aus dem britischen Raum, die als Top-Manager in ihren Konzernen angestellt sind und nach langen Vorgesprächen durchaus zu Auskünften bereit sind. Hinzu kommen Gespräche mit Spitzenpolitikern wie dem früheren ukrainischen Außenminister Leonid Koshara, einigen Abgeordneten der Werchowyna Rada (ukrainisches Parlament) und renommierten Journalisten in den beschriebenen Ländern. Informationen von österreichischen Behörden, Politikern, Rechtsanwälten, internationalen Geheimdienst-Experten, Wirtschaftsbossen, Bankern, Menschenrechtsaktivisten und Diplomaten runden die fundierte Recherchelage ab.

Dazu sei angemerkt, dass sich sämtliche beschriebenen Tatsachenbehauptungen mittels Dokumenten, Verträgen, teils geheimen Behördenprotokollen, Einvernahmeprotokollen, parlamentarischen Unterlagen oder hieb- und stichfesten Quellen, sowie hundert Prozent verlässlichen Zeugen belegen lassen. Das Buch erhebt allerdings bei weitem keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Alleine aus den vorhandenen Unterlagen ließen sich noch mehrere Kapitel hinzufügen, die allerdings aus persönlichen Schutzüberlegungen vorläufig hintangestellt wurden und den Umfang bei Weitem sprengen würden.

Dass solche druckvollen Maßnahmen mancher Personengruppen nicht aus der Luft gegriffen sind, beschreibt wohl die Geschichte des Schweizer Untersuchungsrichters Laurent Kasper-Ansermet am deutlichsten. Er hatte eine jahrelange Untersuchung über einen der größten Geldwäsche-Skandale

Russlands geleitet, die im Umfeld des Oligarchen Roman Abramowitsch stattfand: 1998 hat der Internationale Währungsfonds (IWF) Russland 4,8 Milliarden Dollar geliehen. Aber die Summe war laut dem zuständigen russischen Finanzamt »in jenem Moment verschwunden, in dem sie überwiesen wurde«. Die mit Ermittlungen befassten Schweizer Behörden gingen davon aus, dass Russland seit 1995 ein Konglomerat aus inländischen und ausländischen Banken errichtet hatte, über das Gelder aus dem Land transferiert werden konnten. Mit Duldung der Mächtigen im Kreml. Die englische »Times« berichtete, dass Runicom, die Handelsorganisation des Abramowitsch-Unternehmens Sibneft (heute Gazpromneft), ein zentraler Puzzlestein in diesem Netzwerk war. Mangels Kooperation der russischen, aber auch der amerikanischen Behörden konnte der Milliarden-Skandal nie vollständig aufgeklärt werden. Richter Kasper-Ansermet aber, der damals zur persönlichen Investigation nach St. Petersburg reiste, wurde dort brutal niedergeschlagen und bewusstlos zurückgelassen. Ein wirksames Mahnmal gegen überbordende Neugierde.